bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 20 | 25. September 2008

Rechte Szene 2

Mehr Schein als Sein
Der Anti-Islamisierungskongress der „pro“-Bewegung war ein Reinfall – NPD und Neonazis kritisieren heftig die ungeliebte Konkurrenz.

„Stellvertreterkrieg“
Zwangsverwaltung für Sachsen-Anhalts NPD – der Machtkampf innerhalb der rechtsextremen Partei hält an.

Grauzone 5

„Geistiger Bürgerkrieg“
Götz Kubitschek und Konsorten erscheinen „ungebeten“ auf Veranstaltungen ihrer Gegner – enge Verbindungen bestehen zur Münchner Burschenschaft Danubia.

Seitenblick 6

„Lohnende Geschäfte“
Dubioses Interesse an heruntergekommenen Anwesen – Verfassungsschützer warnen vor der „Immobilien-Masche“ der rechtsextremen Szene.

Demokratische Initiativen 7

Schwierige Gegenstrategien
Zum Umgang mit der NPD im Parlament.

Gegengewicht schaffen
Lehrer und Schüler müssen sich verstärkt mit rechtsextremen Medienangeboten auseinandersetzen.

Blick in die Zeitgeschichte 9

„Mord verjährt nicht“
In München findet einer der letzten NS-Kriegsverbrecherprozesse statt – in Italien ist der Angeklagte bereits zu lebenslanger Haft verurteilt.

Auftakt zur „Endlösung“
Ende Oktober 1938 wurden 18 000 Juden aus Deutschland an die polnische Grenze abgeschoben – das NS-Regime wollte einen Vorwand für judenfeindliche Aktionen konstruieren.

Ausstellung 11

„Völkischer Dichter“
Dokumentation über die Vereinnahmung Heinrich von Kleists durch die Nationalsozialisten.

Meldungen 12

Rechte Szene

Mehr Schein als Sein

Der Anti-Islamisierungskongress der „pro"-Bewegung war ein Reinfall – NPD und Neonazis kritisieren heftig die ungeliebte Konkurrenz.

Propagandistische Übertreibung schlägt zuweilen ins Absurde um. „Pro Köln" bietet dafür ein Beispiel in einem Rückblick auf den zum R(h)einfall gewordenen Anti-Islamisierungskongress am dritten Septemberwochenende. „Trotz aller gewalttätigen Behinderungen und der skandalösen Verweigerungshaltung der Behörden verliefen wichtige Teile des Anti-Islamisierungskongresses wie geplant ab", resümierte „pro Köln" wenig später die turbulenten Tage in der Domstadt. Tatsächlich hatten die Rechtspopulisten zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich eine Stadt gegen sie stellte: Bus- und Taxifahrer, die sie nicht durch Köln kutschieren wollten; Hoteliers und Gastwirte, die ihnen weder Quartier noch Tagungsräume oder Kölsch geben wollten; Tausende Bürger, die die Gassen rund um den Heumarkt mit ihren Blockaden verstopften, so dass nur ein kleines Häufchen Rechtspopulisten und eine Handvoll Neonazis bis zum Kundgebungsplatz gelangten; ein Oberbürgermeister, der die „Brandstifter, Rassisten im bürgerlichen Zwirn, subtilen Angstmacher" für „nicht willkommen" erklärte. Doch nicht allein an diesem Widerstand scheiterte „pro Köln". Die „Bürgerbewegung", die das Wochenende zu einem „historischen" machen wollte, erwies sich auch als organisatorisch inkompetent. „Pro Köln": weit mehr Schein als Sein.

Allzu hochtrabend für das geplante Spektakel war schon die Bezeichnung „Kongress". Selbst wenn das Wochenende so gelaufen wäre, wie sich die „pro"-Oberen dies vorgestellt haben mögen, wäre es nicht viel mehr gewesen als eine öffentliche Kundgebung mit Rahmenprogramm für die internationalen Gäste. Diese Gästeliste wiederum hatte schon im Vorfeld viel von ihrem „Glanz" verloren. Die beiden Zugpferde Heinz-Christian Strache (FPÖ) und Jean-Marie Le Pen (FN) hatten wissen lassen, dass sie nicht kommen würden. Der eine unter dem vorhersehbaren Hinweis auf die Schlussphase des österreichischen Wahlkampfs; der andere ließ ausrichten, er habe nie teilnehmen wollen, und bezichtigte pro Köln nebenbei der Lüge. Blieb für's internationale Flair neben dem Vlaams-Belang-Fraktionsvorsitzenden Filip Dewinter und FPÖlern aus der zweiten Reihe noch der Lega Nord-Europaabgeordnete Mario Borghezio. Als Bindeglied zur Lega taugt er aber auch nicht so recht. In Köln ließ er jedenfalls wissen, er vertrete dort nur sich selbst. Schon in den Wochen zuvor waren Redner und Gäste kommentarlos wieder von der Teilnehmerliste verschwunden, wie der Vorsitzende der British National Party oder die Deutschlandbeauftragte der italienischen Alleanza Nazionale. Mit der „historischen" Dimension des Treffens, von der „pro Köln" schwadronierte, wäre es nicht weit her gewesen.

Allerdings hat es „pro Köln" mit einer Mischung aus geschickter Öffentlichkeitsarbeit und ungebremsten Übertreibungen geschafft, den „Kongress" wenigstens zu einem Medienereignis zu machen. Und das ruft Neider auf den Plan. Der NPD zum Beispiel gelingt so etwas eigentlich nur, wenn sie interne Skandale produziert. „Vor allem als bürgerliche Kraft" wolle „pro Köln" gesehen werden, notierte NPD-Vorstandsmitglied Andreas Molau eine Woche vor der Veranstaltung. „Um Anerkennung bittend" distanziere sich pro-Köln-Chef Markus Beisicht „rituell" von der NPD, hielt Molau ihm vor. Dass dieser Versuch von europäischen Rechtsparteien von FPÖ bis zum Front National unterstützt werde, sei „mehr als befremdlich". Molau vermisst die Radikalität bei den „pro"-Gruppen: „Moscheebauten in Deutschland sind nicht Ursache des Problems sondern Symptom. Das Problem ist die durch die Globalisierung provozierte Einwanderung."

„Pseudonationale Ein-Punkt-Bewegung"

Zufällig ist es auch nicht, dass die NPD just am Tag vor dem Kongress auf ihrer Homepage ein bereits einige Monate altes Interview der österreichischen Zeitschrift „Die Aula" mit Jürgen Gansel und dem FPÖ-Politiker Johann Gudenus auf ihre Homepage stellte. Gansel wettert darin gegen „jede Form der Überfremdung durch kultur- und rassefremde Menschen". In Mitteleuropa sei der Islam eine „fremdkörperhafte Aggressionsreligion, der nicht mit falscher Toleranz begegnet werden darf". Zwei Ziele dürfte die NPD mit der Publikation verfolgt haben: zum einen sich als die im Vergleich zu den Pro-Gruppierungen konsequenteren „Anti-Islamisten" darzustellen, zum anderen

deutlich zu machen, dass man selbst es auch gut mit der FPÖ könne.

Die nordrhein-westfälische NPD startete Anfang August eine Kampagne unter dem Motto „Deutsche wehrt Euch – Gegen Überfremdung, Islamisierung und Ausländerkriminalität". Landeschef Claus Cremer bestreitet zwar, dass es sich um eine Konkurrenzinitiative zu pro Köln handele. Aber er hat wohl die Rechtspopulisten im Blick, wenn er sagt: „Mit unserer Kampagne werden wir der deutschen Bevölkerung in NRW zeigen, wer sich wirklich für ihre Interessen einsetzt (...) Wir sind das nationale Original." Für ihn sind die „pro"-Gruppen eine „pseudonationale Ein-Punkt-Bewegung, welche die Ängste und Sorgen der Bevölkerung für ihr eigenes Süppchen missbraucht".

Die Kritik an der „pro-Bewegung" wird von den „freien" Neonazis zugespitzt. Sie sei „philosemitisch, reaktionär, spießbürgerlich", so das Aktionsbüro Westdeutschland. Das einzige Problem, das „pro-Köln"-Funktionäre mit den heutigen Zuständen hätten, sei „die Störung ihrer bürgerlichen Ruhe", sagt das Aktionsbüro Mittelrhein. „Als Alternative zur biologischen Zersetzung unseres Volkes bieten sie eine Integration der hier lebenden Ausländer. Als Alternative zur Moschee in Köln-Ehrenfeld bieten sie eine Moschee in einem abgelegenen Industriegebiet." Und wer inhaltlich derart weichgespült ist, der kann auch keine öffentliche Veranstaltung auf die Beine stellen, meinen die Neonazis. Auch Jürgen Schwab spricht von einer „wirklich peinlichen Vorstellung": „Am Ende kamen maximal 300 potentielle Demonstranten. Zu wenig für die großspurig angekündigten Höhenflüge. Die Unseriosität, alle möglichen prominenten Redner anzukündigen, die gar nicht zugesagt haben, ist auch bestraft worden."
Schwab belässt es aber nicht beim derzeit in NPD- und anderen Neonazikreisen beliebten „pro"-Bashing. Von pro Köln könne man auch etwas lernen: „NPD und NW sollten es vermeiden, immer wieder als Bürgerschreck in Gestalt von NS-Traditionsfreaks, Uniformfetischisten und dergleichen mehr aufzutreten. Der Wähler nimmt solche Erscheinungen einfach nicht ernst. NPD und NW sollten mal die Vergangenheit Vergangenheit sein lassen und sich den heutigen sozialen Problemen der Deutschen zuwenden."

Tomas Sager

„Stellvertreterkrieg"

Zwangsverwaltung für Sachsen-Anhalts NPD – der Machtkampf innerhalb der rechtsextremen Partei hält an.

Der NPD-Bundesvorstand hat über den Landesverband der Partei in Sachsen-Anhalt den organisatorischen Notstand verhängt und ihn somit unter die eigene Zwangsverwaltung gestellt. Damit zog die Berliner Parteizentrale die Konsequenz aus dem Rücktritt von sieben der neun Vorstandsmitglieder in Sachsen-Anhalt. Die Rücktritte sind Ausdruck eines bereits länger schwelenden Macht- und Richtungskampfes, den die NPD Sachsen-Anhalt als eine Art „Stellvertreterkrieg" für Richtungsstreitigkeiten auch der Bundes-NPD ausficht. Bis auf weiteres sind damit auch die beiden verbliebenen Mitglieder des Landesverbandes der NPD in Sachsen-Anhalt entmachtet. Erst ein durch den Bundesvorstand in Kürze einzuberufender Landesparteitag mit einer entsprechenden Neuwahl des Landesparteivorstands soll klären, welche Richtung die NPD in Sachsen-Anhalt künftig einschlagen wird. Vermutlich wird das Ergebnis der Landesvorstandswahl aber auch Rückschlüsse darüber erlauben, welche Richtung die NPD künftig bundesweit einschlagen wird.

Geradezu putschartig hatte im vergangenen Jahr der rechtsextreme, sich selbst als revolutionär betrachtende Flügel der NPD in Sachsen-Anhalt die Macht über die Landespartei übernommen. Voran gegangen war dieser Wahl eine zunehmend enger werdende Liaison der NPD mit ausgewiesenen Neonazis, Kameradschaften und den so genannten „Freien Nationalisten". Dreh- und Angelpunkt dieser Verbindung waren die Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendverband der NPD im Land. Die neue NPD-Führung unter der Landesvorsitzenden Carola Holz forcierte die weitere Einbindung des neonazistischen Lagers sowohl bei ihren Aktivitäten als auch bei programmatischen Aussagen. Carola Holz selbst war allerdings schon bei ihrer Wahl zur Vorsitzenden der NPD in Sachsen-Anhalt umstritten, sie gilt allgemein als schwach und wenig visionär. Der Landesverfassungsschutz von Sachsen-Anhalt spricht ihr persönliche Führungsstärke ebenso wie auch das dafür notwendige intellektuelle Potenzial rundweg ab. Die neue Landeschefin, die den als für NPD-Verhältnisse eher gemäßigten Dachdecker Andreas Karl aus Sangerhausen im Amt beerbte, galt

von vornherein lediglich als Interimslösung an der Parteispitze, als eine Art Strohpuppe, hinter deren Rücken der neonazistische Flügel der Landespartei die endgültige Machtübernahme in der NPD Sachsen-Anhalts zu organisieren trachtete. Tatsächlich gelang es dieser zunehmend sich neonazistisch und revolutionär gebärdenden NPD, bei den Wahlen, die im vergangenen Jahr auf Grund einer Kreisgebietsreform in dem Bundesland neun der elf Kreistage erforderlich waren, insgesamt 13 Mandatsträger in die Kommunalparlamente zu entsenden. Allerdings haben die Neonazis innerhalb der Partei inzwischen offenbar begriffen, dass dem bundesdeutschen Parlamentarismus der gewisse „Spaßfaktor" fehlt, den sie mit ihrer politischen Tätigkeit aber durchaus für sich beanspruchen.

Den Bruch des „Deutschland-Pakts" riskieren

Parallel dazu haben insbesondere führende JN-Funktionäre den Parlamentarismus für sich entdeckt. Ton angebend dabei sind der JN-Landesvorsitzende Philipp Valenta und der ebenfalls aus Sachsen-Anhalt stammende JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer. Damit einhergehend ist eine zunehmende Diversifizierung zwischen der Funktionärsebene und der Kameradschaftsszene feststellbar, die zur Distanzierung der JN-Führungsebene von gewaltbereiten Neonazis geführt hat. Tatsächlich hat Valenta, als er kürzlich in seiner rheinländischen Heimat schon einmal vorsorglich um Mitarbeiter für eine künftige NPD-Landtagsfraktion warb, dies unter anderem mit dem Argument getan, die radikalen Kräfte innerhalb des NPD-Landesverbandes seien mittlerweile „entsorgt". Sollte sich der Parteiflügel um Schäfer und Valenta durchsetzen, gilt Valenta bereits jetzt als Spitzenkandidat der NPD für die Landtagswahl 2011. Gemeinsam mit Matthias Heyder, dem auch der Verfassungsschutz eine künftig führende Rolle in der Landes-NPD zuspricht, will er offenbar eine Art Doppelspitze in Sachsen-Anhalt bilden. Heyder ist auf Druck des neonazistischen Flügels zwar kürzlich von seinem Amt als Landesgeschäftsführer der NPD zurück getreten, als stellvertretender Landesvorsitzenden hingegen im Amt geblieben und hat sich auch dem kollektiven Rücktritt der Vorstandsmehrheit nicht angeschlossen.

Sollte sich der Flügel um die JN-Funktionäre im parteiinternen Machtkampf durchsetzen, gilt Heyder als künftiger Landesvorsitzender. Gemeinsam mit Valenta und Schäfer riskiert er bewusst den Bruch des „Deutschland-Paktes" der NPD mit der DVU. Nach diesem „Pakt", mit dem die beiden rechtsextremen Parteien ihre Kräfte bei Landtagswahlen bündeln wollten, stünde Sachsen-Anhalt eigentlich der DVU zu. Die aber ist, nachdem sie einst geradezu sensationell mit 13 Abgeordneten in den Magdeburger Landtag eingezogen ist, in Sachsen-Anhalt zwischenzeitlich zur Bedeutungslosigkeit verkommen.

Machtgelüste der JN-Führungsspitze

Die Distanzierung der JN-Funktionärsebene von der neonazistischen Kameradschaftsszene führt umgekehrt zu einem wieder zunehmend selbstbewussten öffentlichen Auftreten der Kameradschaften, die sich einst unter das Dach der JN und in der Regel damit auch der NPD geflüchtet hatten. Der „Sport und Freizeit e. V.", der in Magdeburg bis vor kurzem den Club „S 26" betrieb (benannt nach der SS-Standarte 26, die zur Nazi-Zeit zeitweilig in Magdeburg stationiert war; bnr.de 18/2008), gilt Beobachtern als lupenreine Nachfolgeorgansation der einstigen Kameradschaft „Festungsstadt.com". Und in Quedlinburg hat jüngst die „Aktionsfront Harz" zu einer Demonstration aufgerufen und diese auch unter diesem Namen angemeldet. Die Aktionsfront Harz hatte sich einst unter die JN-Fittiche geflüchtet, um einem drohenden Verbot nach dem Vereinsgesetz zu entgehen. Ihre Bedeutung und ihr Einfluss in der Neonazi-Szene ist aber offenbar deutlich gesunken, zu der Demonstration, für die bis zu 1000 Teilnehmer angemeldet waren, erschienen gerade mal 60 Leute.

Unter den Machtgelüsten der JN-Führungsebene hat aber offensichtlich auch die Struktur des NPD-Nachwuchses in der Fläche zu leiden. So hat zum Beispiel offenbar der JN-Stützpunkt Magdeburg aufgehört zu existieren. Ursache dafür muss ein Machtkampf gewesen sein, den der JN-Landesvorstand wohl gewonnen hat. Noch vor wenigen Wochen wurde der Internet-User, der die Homepage des JN-Stützpunktes Magdeburg anklickte, auf die Seite des JN-Landesvorstandes umgeleitet. Inzwischen gibt es keine Homepage der JN in Magdeburg mehr. Die Domain ist abgeschaltet und steht seitens des Providers zum Verkauf.

Eberhard Löblich

Grauzone

„Geistiger Bürgerkrieg“

Götz Kubitschek und Konsorten erscheinen „ungebeten“ auf Veranstaltungen ihrer Gegner – enge Verbindungen bestehen zur Münchner Burschenschaft Danubia.

Das nächste „Kolleg“ des extrem rechten Instituts für Staatspolitik (IfS) aus dem sachsen-anhaltinischen Schnellroda soll am 4. Oktober 2008 im Haus der Burschenschaft Danubia in München stattfinden. Die fünfstündige Veranstaltung mit dem Titel „Widerstand: Lage – Ziel – Tat“ in München-Bogenhausen ist eine Wiederholung des am 28. Juni dieses Jahres durchgeführten IfS-Kollegs im Frankfurter „Haus der Heimat“. Als Referenten sind wieder Frank Lisson, Karlheinz Weissmann, Felix Menzel und Götz Kubitschek angekündigt.

In Frankfurt hatte sich vor allem Kubitschek mit seinen Thesen über „Provokation“ als „Mann der Tat“ zu inszenieren versucht: Der „gezielte Regelverstoß, der provozierende Auftritt, Frechheit und Bekenntnismut“ seien Mittel, „mit denen ein politisch so schwaches Milieu wie das unsere zu einigem Erfolg würde kommen können“. Mit der von ihm zusammen mit Felix Menzel initiierten Truppe unter dem Namen „Konservativ-subversive Aktion“ (KSA) werde er „ungebeten immer wieder dort erscheinen (...), wo Deutschlands Zukunft zerstört wird“. Kubitschek freute sich vor allem an der tatsächlichen Störung des Gegners: „Stellen Sie sich irgendeinen Antideutschen, irgendeinen Lobbyisten der Zersetzung vor. Wann zuletzt schlug einem dieser Leute, denen wir in Verantwortung für unser Land den geistigen Bürgerkrieg ja längst erklärt haben, nicht nur so etwas wie erwartungsloses Wohlwollen entgegen, wenn sie irgendwo zu einer Rede ansetzten, sondern plötzlich und wie aus dem Nichts und ungebeten echte Verachtung?“

Als dritte Aktion der „KSA“ kündigte Kubitschek in Frankfurt die Störung einer Lesung von Günter Grass an, weil dieser zu den „zynischen Mitverdienern an den Ausläufern der Holocaust-Industrie“ gehöre. Eine „gelungene provokante Aktion“ sei ein „Beispiel für Kreativität, Organisationsfähigkeit, Durchsetzungskraft und persönlichen Mut“, sie wecke „ein Milieu, eine Szene aus einer Lethargie“. Kubitschek und Co. tauchten am 31. August in Hamburg bei der Vorstellung von Grass' neuem Buch „Die Box“ als schlichte Störer auf und zeigten Banner ihrer Aktionshomepage „ungebeten.de“.

Dass „die Unruhe, die wir in die Reihen der Gegner tragen, auf uns zurückfällt“, hatte Kubitschek jedoch schon in Frankfurt befürchtet. Er übergab wegen seiner Rolle bei der KSA die Geschäftsführung des Instituts für Staatspolitik Anfang September an Erik Lehnert.

Am Frankfurter Widerstands-Kolleg nahm auch der Vorsitzende des Altherrenverbands der Danubia, Hans-Ulrich Kopp (Stuttgart) teil. Zwischen den Münchner Burschen und dem IfS bestehen seit Jahren enge Verbindungen: Als die Wirte des Münchner Löwenbräu-Kellers dem IfS im Juli 2004 kurzfristig die Raumnutzung für das „1. Münchner Kolleg“ verweigert hatten, stellte die Danubia ihr Haus für die Referate von Martin Hohmann, Reinhard Günzel, Götz Kubitschek und anderen zur Verfügung.

Wolfgang Dvorak-Stocker, Redakteur der IfS-eigenen Zeitschrift „Sezession“, trat im Mai 2008 beim „Herrschaftsfreien Dialog“ der Danubia auf, Erik Lehnert referierte im Juli 2008 zum Thema „Verhandlungen mit dem Zeitgeist? – Ernst Jünger und die geistige Situation der Zeit“. In der „wissenschaftlichen Reihe“ des IfS erschien 2008 die Broschüre „Extremismus als Mode. Der Fall ‘Sascha Jung’ und die Bekämpfung der Münchner Burschenschaft Danubia im Freistaat Bayern“. Die Herausgeber einer „Arbeitsgruppe 2: Politische Kultur“ werfen der CSU und dem bayerischen Innenministerium darin „Apartheid“ und „inländerfeindlichen Rassismus“ vor und setzen die extrem rechten Burschenschafter der Danubia mit den im Nationalsozialismus verfolgten Jüdinnen und Juden gleich.

Das Institut für Staatspolitik wird mit dem Kolleg in den privaten Räumen der einschlägig bekannten Burschenschaft kaum über die eigene Szene hinauswirken können. Die Danubia, deren Aktivitas erst im vergangenen Jahr wieder aus dem Bericht des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz herausgenommen wurde, dokumentiert ungeniert ihre Verwobenheit mit der extremen Rechten.

Robert Andreasch

Seitenblick

„Lohnende Geschäfte“

Dubioses Interesse an heruntergekommenen Anwesen – Verfassungsschützer warnen vor der „Immobilien-Masche“ der rechtsextremen Szene.

In jüngster Zeit brachten Rechtsextremisten mehrfach Gerüchte über angebliche Kaufabsichten von alten Hotels, Gaststätten oder Hallen in Umlauf. Kommunen werden so provoziert, heruntergekommene Anwesen zu überhöhten Preisen zu erwerben. Das vorgebliche Interesse an den Immobilien ist nach Ansicht des Verfassungsschutzes ein Finanztrick zur Geldbeschaffung. Für die NPD könne dies, so der baden-württembergische Verfassungsschützer Frank Dittrich, ein „lohnendes Geschäft“ sein, wenn sie mit dem Verkäufer zusammenarbeite und die Provision kassiere. „Die Partei hat erkannt, dass das Bekanntwerden der Verkaufsabsichten Vorteile bringen kann“, erklärte Dittrich. Bereits im August 2006 hatten hochrangige Verfassungsschützer vor der rechtsextremen „Immobilien-Masche“ gewarnt. Bnr.de dokumentiert nachfolgend ausgewählte Beispiele dieses dubiosen Immobilienpokers.

Im September dieses Jahres wurde im thüringischen Bad Langensalza bekannt, dass die NPD angeblich das viergeschossige „Bürohaus Europa“ kaufen wolle. Als Kaufpreis werden 650 000 Euro genannt. Der Eigentümer des Hauses ist mit mehreren hunderttausend Euro bei einer Bank verschuldet. In Straubing in Bayern wurde im September öffentlich, dass eine an die NPD vermietete ehemalige Tierpraxis zum Preis von 2,4 Millionen Euro an die NPD verkauft werden soll. Schätzungen zufolge ist das Objekt höchstens ein Fünftel der geforderten Summe wert. Ebenfalls im September erwarben der Zollernalbkreis, die Stadt Albstadt und die Gemeinde Straßberg den „Linderhof“ im baden-württembergischen Straßberg für 387 000 Euro. Zuvor hatte die NPD angekündigt, darin ein Schulungszentrum errichten zu wollen. Genannt wurde ein völlig überteuerter Preis für den baufälligen einstigen Nachtclub. Der NPD-Landeschef Jürgen Schützinger verkündete nach dem Verkauf, dass die NPD „weiterhin in der Region Württemberg-Hohenzollern ein für Schulungs-, Tagungs- und Freiluftzwecke geeignetes Objekt“ erwerben wolle. So seien bereits „weitere geeignete Niederlassungsmöglichkeiten angeboten worden“ seien, „die jetzt ‘ohne Zeitdruck Fall für Fall in Augenschein genommen und abgearbeitet’“ werden.

Jürgen Rieger, NPD-Bundesvize, schloss im August einen notariellen Kaufvertrag mit dem Verkäufer des Gasthofes „Pension Puchtler“ in Warmensteinach im Fichtelgebirge (Nähe Wunsiedel) ab. Der Kaufvertrag, der auch andere Flächen und Grundstücke im Ort einschließt, liegt bei 1,84 Millionen Euro und gilt als überteuert. Die Gemeinde wird möglicherweise von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen.

Zeitweilige Aufregung herrschte im Juni in Bad Bergzabern in Rheinland-Pfalz. Angeblich war, so die NPD, ein Parteikamerad am Kauf eines Areals von Ferienhäusern im Wert von 1,29 Millionen Euro interessiert. Einen Monat zuvor teilte ein Bürger im rheinland-pfälzischen Hargesheim mit, dass ihm ein Kaufangebot der NPD für sein Anwesen vorliegen würde. Im Mai ging das Gerücht um, dass die NPD ein Areal in Rheinsberg, Brandenburg, erwerben wolle. Die Stadt Karlsruhe erklärte im April einen Straßenzug zum reinen Wohngebiet, nachdem die NPD Interesse an einem Objekt bekundet hatte. Ebenfalls im April verkündeten NPD-Aktivisten ihr Interesse an der „Mühlensauna“ im niedersächsischen Achim.

Im November 2007 verzichtete Jürgen Rieger auf den Kauf eines alten Bahnhofs im niedersächsischen Melle nach Änderung des Bebauungsplans durch die Stadt. Zuvor hatte er angeblich 700 000 Euro bezahlt. Die sauerländische Stadt Menden erwarb im September 2007 das „Gut Rödinghausen“. Die Besitzerin hatte mitgeteilt, dass sie an Rieger verkaufen würde, falls es kein anderes adäquates Angebot gebe. Im August wurde die Kaufabsicht der saarländischen NPD hinsichtlich des „Niedhotels“ in Rehlingen bekannt. Sie beschränkte sich letztlich auf eine Anmietung der Räumlichkeiten durch die NPD. Im Mai kündigte die NPD an, für das baufällige ehemalige Gasthaus „Mohren“ im thüringischen Gotha zu bieten. Bei der Auktion trat sie nicht in Erscheinung.

Im Februar 2007 erwarb die Stadt Wunsiedel die Gaststätte „Waldlust“. Daran waren zuvor Kreise um Jürgen Rieger interessiert. Anfang 2007 war das Gerücht umgegangen, Rieger wolle im brandenburgischen Kleinow (Landkreis Prignitz) ein

Grundstück kaufen. Sowohl der Eigentümer als auch Rieger dementierten dies später.

Die niedersächsische Stadt Delmenhorst kaufte im Dezember 2006 das heruntergekommene „Hotel am Stadtpark“ für drei Millionen Euro. Angeblich wollte Rieger darin ein rechtsextremes Schulungszentrum errichten. Eine Bürgerinitiative sammelte 937 607 Euro. Laut Gutachten ist der Komplex 1,33 Millionen Euro wert. Im Juni 2008 beschloss der Stadtrat, das Gebäude abzureißen.

Im August 2006 gab die NPD die Pläne zum angeblichen Kauf der ehemaligen Gaststätte „Alte gräfliche Leininger Mühle“ in Kirchheim, Rheinland-Pfalz, auf, weil das Gebäude unter Denkmalschutz gestellt wurde. Der Gemeinderat hatte sich – trotz Protestes einer Bürgerinitiative – entschieden, die Immobilie nicht zu kaufen. An der Gemeinderatssitzung nahm der Mainzer Innenstaatssekretär Roger Lewentz teil, der vom Kauf abriet. Das Gebäude ist derzeit noch an die NPD verpachtet. In Cham in Bayern nutzte der Stadtrat sein Vorkaufsrecht und kaufte im Juni 2006 für rund 900 000 Euro ein baufälliges Supermarktgelände. Zuvor hatte die NPD Kaufabsichten geäußert und 1,2 Millionen Euro geboten.

Anfang 2005 versuchte der Eigentümer Wolfgang J. in Grafenwöhr in Bayern eine heruntergekommene Tennishalle verkaufen. Am 1. April 2005 erklärte sich der NPD-Bezirksverband Unterfranken bereit, die überteuerte Summe zu zahlen. Ein Kaufvertrag wurde unterzeichnet. Daraufhin setzte breiter zivilgesellschaftlicher Protest ein. Medien berichteten bundesweit über den angeblich anstehenden Erwerb der Halle durch die NPD. Derart in die Enge getrieben, kaufte die klamme Kommune im Mai die marode Tennishalle für 545 000 Euro. Nach Einschätzung der bayerischen Verfassungsschützer handelte es sich bei dem Kaufinteresse der NPD um eine Finte.

In einem „Merkblatt zum Kauf von Immobilien durch Rechtsextremisten“ hielt das Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern Ende 2007 fest: „Wenn ein Objekt tatsächlich angekauft werden soll, erfolgt eine Kontaktaufnahme mit dem Anbieter, ohne dass die Öffentlichkeit vorher eingeschaltet wird.“

Anton Maegerle

Demokratische Initiativen

Schwierige Gegenstrategien

Zum Umgang mit der NPD im Parlament.

Als die NPD vor zwei Jahren in zahlreiche Berliner Kommunalparlamente einzog, war die mediale Aufregung groß aber kurz. Das war einer der Kritikpunkte von Politikern der SPD und Grünen sowie Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Mitte September im Berliner Abgeordnetenhaus über die Strategien gegen die Rechtsextremen im Parlament diskutierten.

Der NPD sei es nicht gelungen, mit ihren Kommunalmandanten bundesweite Aufmerksamkeit zu erringen, so Yves Müller vom Verein für demokratische Kultur. Zum Teil würden Anträge mit eindeutig geschichtsrevisionistischem Hintergrund gestellt, die das Ziel haben, durch das heftige Presseecho die eigene Klientel zufrieden zu stellen. Dazu gehörte beispielsweise der Antrag für die Verlegung von Stolpersteinen für angebliche Opfer des Stalinismus. Daneben versuchen sie aber auch, durch kommunalpolitische Anträge den Anschein zu erwecken, die Belange der Bürger zu vertreten. Gegenstrategien seien oft sehr schwierig, erklärte der SPD-Kommunalpolitiker Oliver Igel. Eine generelle Ablehnung aller NPD-Anträge könnte ihrer Selbststilisierung als Opfer der Etablierten entgegenkommen. Deshalb sei man in vielen Kommunalparlamenten dazu übergegangen, dass bei Sachanträgen der NPD ein Vertreter der übrigen Parteien antwortet. Ideologische Anträge würden weiter ohne Kommentar zurückgewiesen.
Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im sächsischen Landtag Antje Hermenau berichtete aus ihrem Bundesland, wie man mit der NPD nicht umgehen sollte. In mehreren Kommunalparlamenten bekamen die Rechtsextremisten bei Wahlen in Ausschüsse Stimmen von anderen Parteien. In Dresden wurde der Antrag des von der NPD dominierten Nationalen Bündnisses, den Opfern des Anschlags vom 11. September 2001 zu gedenken, von Mandatsträgern der Linken unterstützt. Dabei haben große Teile der Rechtsexremisten die Anschläge bisher verschwörungstheoretisch als Werk der US-Geheimdienste oder als gerechte Strafe für die US-Politik erklärt.

Peter Nowak

Gegengewicht schaffen

Lehrer und Schüler müssen sich verstärkt mit rechtsextremen Medienangeboten auseinandersetzen.

Vieles von dem, was Rechtsextremisten auf Internetseiten verbreiten, ist auf den ersten Blick als ausländerfeindlich, nationalistisch und chauvinistisch zu erkennen. Aber zunehmend werden Jugendliche mit Angeboten im World Wide Web geködert, die auf den ersten Blick nicht ohne weiteres ihre Herkunft offenbaren. Über die Entwicklungen in der rechtsextremen Medienlandschaft und pädagogische Gegenkonzepte diskutierten Fachleute, Lehrer und Schüler bei der Veranstaltung „Medien machen Meinung“, zu der die Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen (RAA) Brandenburg und dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) Ende September nach Berlin eingeladen hatte.

Mit Musik und Videos zum Herunterladen würden Jugendliche ebenso auf bestimmte Websites gelockt wie mit populären Themen, die nicht zwingend auf rechte Hintergründe verwiesen, erklärte Stefan Glaser von „jugendschutz.net“, einer Institution, die im Auftrag der Bundesländer seit 1997 das Internet auf unzulässige Inhalte in den Bereichen Pornographie, Gewalt und Rechtsextremismus kontrolliert. „Viele Angebote wirken zunächst harmlos, etwa die Seite straßenkunst.info, die sich mit Graffiti befasst“, führte Glaser weiter aus. Doch neben dem Angebot, sich eine Schablone mit dem Text „Deutschland braucht dich – werde aktiv“ herunterzuladen, gebe es zudem Links, die wiederum auf eindeutig als rechtsextrem erkennbare Websites führten.

Das Internet als unbegrenztes Transportsystem für Inhalte jeder Art hat bei der NPD und so genannten freien Aktionsgemeinschaften herkömmliche Medien stark zurückgedrängt, wie auch Gordian Meyer-Plath vom brandenburgischen Verfassungsschutz erklärte. So sei allein in Brandenburg die Zahl der entsprechenden Internetseiten auf 70 gestiegen. Dabei diene ein Großteil der Inhalte dazu, eine eigene Realität zu produzieren, etwa über Veranstaltungen und Aufmärsche zu berichten, die zwar kaum Resonanz gefunden hätten, aber via Internet zu „erfolgreichen“ Aktionen stilisiert werden könnten.

Dass Rechtsextremisten – neben den stark ausgeweiteten Online-Angeboten – auch auf Printmedien setzen, um Jugendliche zu erreichen, führte Matthias Müller von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) Berlin aus. So kämen Schülerzeitungen, Aufkleber und Flugblätter nach wie vor in Umlauf, wobei das Internet wiederum die Verbreitung etwa von Vorlagen für Aufkleber erleichtere. „Die Schule muss sich grundlegend mit diesem Thema auseinandersetzen“, so Müller. Denn so schnell wie rechtsextreme und damit verbotene Websites von „jugendschutz.net“ aus dem Internet entfernt werden, so schnell tauchen sie an anderer Stelle wieder auf. „Deshalb muss es ein Gegengewicht geben, Signale zu Demokratie, Toleranz und Zivilcourage im Netz“, sagte Glaser.

Über konkrete Ansätze zur Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten berichteten in einer Podiumsrunde Schüler und Lehrer aus fünf verschiedenen Schulen in Berlin und Brandenburg. Eine Schülerin des Luise-Henriette-Gymnasiums aus Oranienburg wies auf die vielen Möglichkeiten zum Engagement hin, die Jugendliche auch in einer „rechten Hochburg“ hätten. Ein Graffiti der Jungen Nationaldemokraten „8. Mai – Tag der Schande“, das in diesem Jahr nahe ihrer Schule aufgetaucht sei, hätten Schüler mit Farbe und Geschick umgetextet in „Tag der Chance“. Auch an der Werner-Stephan-Oberschule in Berlin-Tempelhof wird seit Jahren ein offensiver Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus gepflegt – die Schule ist in Berlin die erste gewesen, die sich am Projekt „Schule ohne Rassismus“ beteiligt hat.

So stark das Engagement und die pädagogische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus an manchen Schulen ausfällt, so sehr wird das Thema in anderen Bildungsstätten klein geredet. Manche angesprochene Schule hätte die Teilnahme an der Veranstaltung in der Ebert-Stiftung abgelehnt, sagte Michael Retzlaff vom LISUM, weil sie ihre Aktionen gegen Rechts als zu unbedeutend empfänden. Um mehr Lehrern eine nachhaltige Auseinandersetzung mit dem Thema zu ermöglichen, hat das Landesinstitut ein online-basiertes Unterstützungsangebot entwickelt, das für Pädagogen im internen Bereich der Website zugänglich ist.

Gudrun Giese

www.lisum.berlin- brandenburg.de

Blick in die Zeitgeschichte

„Mord verjährt nicht“

In München findet einer der letzten NS-Kriegsverbrecherprozesse statt – in Italien ist der Angeklagte bereits zu lebenslanger Haft verurteilt.

Durch eine Seitentür betrat Josef Sch. den Gerichtssaal. Festen Schrittes, trotz Krücken, ging der Rentner zur Anklagebank. Kameras blitzten auf. Seit dem 15. September muss sich Josef Sch. vor dem Landgericht München wegen Mordes an 14 Zivilisten 1944 in Italien verantworten. „Eine grausame Tat, aus niederen Beweggründen“, betonte Staatsanwalt Hans-Joachim Lutz.

Die Plätze in den schmucklosen Saal des Landgericht Münchens waren belegt. Findet hier doch vielleicht der letzte NS-Kriegsverbrecherprozess statt. Viele Ermittlungen laufen, doch weitere Anklagen sind unsicher. Nicht ohne Grund betonte so auch Staatsanwalt Lutz bei der Anklageverlesung jene „Merkmale“. Denn nur, wenn diese Tatmerkmale nachgewiesen werden, ist in Deutschland eine Verurteilung wegen eines Kriegsverbrechens möglich.

Die Mimik von Josef Sch. verriet nichts, als Lutz ihm vorhält, als Leutnant des Gebirgs-Pionier-Bataillons 818 die Verantwortung für die Tötung von 14 Menschen zu haben. Gelassen wirkte der 90-Jährige in seinem Trachtenanzug mit Hirschhornknöpfen. Ob er sich bei den Ausführungen an den Tag vor 64 Jahren zurückerinnerte? Vielleicht, sicher ist, er hält sich für unschuldig.

Toskana Juni 1944: Die Wehrmacht ist auf dem Rückzug. Aus den einstigen Verbündeten Deutschland und Italien sind Gegner geworden. Das Gebirgs-Pionier-Bataillon soll den rückwärtigen Raum sichern. Am 26. Juni des Jahres reparieren sie eine gesprengte Brücke nahe Falzona di Cortona. Bei der Instandsetzungsarbeit wollen Wehrmachtsoldaten in dem kleinen Weiher eine Stute requirieren. Auf dem Rückweg werden ein Unteroffizier und ein Gefreiter erschossen. Eine Vergeltung sollen der Major und der Angeklagte daraufhin befohlen haben. Einen Tag später, am 27. Juni, durchkämmen Soldaten das Gelände, erschießen willkürlich die 74-jährige Maria B., den 55-jährigen Santi L., den 39-jährigen Angiolo D. und den 21-jährigen Ferdinando C. Elf Männer nehmen sie fest, treiben sie später in ein Haus. „Die Personen hatten Todesangst“, betont Lutz. Denn sie konnten sehen, wie Sprengstoff in das Haus gebracht wurde. Um Mittag folgte, was die Eingesperrten befürchteten. Allein der 15-jährige Gino M. überlebte die Sprengung schwer verletzt. Im München soll der heute 79-Jährige gegen Josef Sch. aussagen.

Vor gut zwei Jahren sprach das Militärgericht im italienischen La Spezia Josef Sch. schon als NS-Kriegesverbrecher für schuldig. In Abwesenheit verurteilten die Richter ihn wegen des Massakers zu lebenslanger Haft und Entschädigungszahlungen.

Vor dem Landgericht protestierte zur Verfahrenseröffnung der „Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege“ (AK). „Mord verjährt nicht – NS-Täter bestrafen“ stand auf einem Transparent. Ein Redner betonte, das Josef Sch. bei dem „Kameradenkreis der Gebirgstruppen e.V.“ involviert sei. In dem Verein, so Martin Klingner vom AK, sind Wehrmachtssoldaten, aber auch Bundeswehr- und CSU-Angehörige. „Der Verein hat bis heute ein unkritisches Verhältnis zur Wehrmacht“, betont Klingner.

Im Gerichtssaal dürften sie gelacht haben, als die Verteidigung ausführte, solche angeblichen Verbrechen hätte die Wehrmacht selbst sofort geahndet. „Ruhe“ warnte Richter Manfred Götzl. Der Verteidiger Christian Stünkel führte aus, dass sein Mandant weder die Tat befohlen habe, noch am Tatort gewesen sei. Mitverteidiger Rainer Thesen schlug gleich vor, Klaus Hammel als Sachverständigen heranzuziehen. Ein Militärhistoriker, dies hält er offenbar für bedeutend, der selbst militärisch tätig gewesen sei. Dass ein ehemaliger Oberst Klaus Hammel bei extrem rechten Projekten publiziert, lässt er unerwähnt. Stünkel wetterte, dass wegen des hohen Alters das Verfahren „unverantwortlich“ sei. Das Verfahren diene alleine einem „politischen Selbstzweck“, sagte er. „Meine Mandanten möchten, dass nach 64 Jahren jemand Verantwortung übernimmt“, konterte Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, die für 19 Geschwister und Kinder der Opfer als Nebenklägerin auftritt. Bis zum 21. Oktober soll der Prozess laufen.

Andreas Speit

Auftakt zur „Endlösung“

Ende Oktober 1938 wurden 18 000 Juden aus Deutschland an die polnische Grenze abgeschoben – das NS-Regime wollte einen Vorwand für judenfeindliche Aktionen konstruieren.

Es gibt in der Geschichte jedes Volkes Daten, deren man sich nicht gern erinnert. In der Bundesrepublik gehörte dazu über Jahrzehnte der 9. November 1938, also die Pogromnacht. Viele Jahre blieb freilich sogar sprachlich der Begriff der NS-Propaganda erhalten: „Reichskristallnacht“. Heute spricht man von der „Pogromnacht“. Dass es überhaupt zu diesem blutigen Akt kommen konnte, hängt ursächlich mit einer internationalen Konferenz zusammen, auf der Ende September 1938 der von Hitler gewollte Krieg verhindert worden war: bei der Münchener Konferenz vom 29./30. September 1938. Hitler hatte im Spätherbst 1938 die CSR und Anfang 1939 Frankreich angreifen wollen. Die in München erzielte Einigung über die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland hinderte ihn daran, den Krieg vom Zaun zu brechen.

„Anfang November“ (1938)), schreibt Joachim Fest in seinem Monumentalwerk „Hitler“, „ergriff er daher die Gelegenheit zu einer umfassenden Propagandaaktion, nachdem ein jüdischer Emigrant den Legationssekretär Ernst von Rath in der Pariser Deutschen Botschaft niedergeschossen hatte. Aus dem überwiegend von persönlichen Motiven getragenen Attentat konstruierte Hitler kurzerhand einen jener ‘Anschläge des Weltjudentums’, denen er nach wie vor ein Höchstmaß integrierender Wirkung zutraute.“ (S. 779) Mit anderen Worten: Damit wäre die Bevölkerung einverstanden. Tatsächlich hatte Herschel Grynspan, ein in Deutschland lebender Sohn polnischer jüdischer Eltern, das Attentat verübt, um die Öffentlichkeit auf das Elend Tausender Juden aufmerksam zu machen. Um einen Vorwand für judenfeindliche Aktionen zu konstruieren, hatte das Regime am 28. Oktober 1938 – also vor 70 Jahren – etwa 18 000 in Deutschland lebende Juden ins Niemandsland an der polnischen Westgrenze abschieben lassen. Zu ihnen gehörten auch Grynspans Eltern, die ihm in einem Brief ihre Not geschildert hatten.

Hitler erfährt vom Tode Raths während der alljährlichen Feier zur Erinnerung an den gescheiterten Putschversuch vom 9. November 1923 in München. Es folgen Kontakte zu Goebbels, Himmler und Heydrich – freilich ohne Protokolle. Dazu merkt der israelische Historiker Alex Bein in seinem zweibändigen Werk „Die Judenfrage“ erklärend an: „Die Anordnungen über die Veranstaltung der Pogrome wurden telefonisch durchgegeben. Hier – wie bei anderen Aktionen – wurde möglichst wenig dem Papier anvertraut, um die Fiktion der Spontaneität der Welt gegenüber aufrecht erhalten zu können...“ (Bd. 2, S. 306). Was folgte, war die Pogromnacht ...

Die Abschiebung der 18 000 war also in erster Linie ein Mittel zum Zweck. Dass Hitler Polen angreifen und unterwerfen wollte, hat er bei der Anweisung zur Mobilmachung Ende August 1938 deutlich gemacht. Welche Mittel er dazu hat einsetzen lassen, wird in der Dokumentation „Das Unternehmen Tannenberg“ (Limes Verlag 1979) in vielen Einzelheiten erzählt. Höhepunkt war der Überfall auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz Ende August 1939 durch SS- und SD-Männer, die polnische Uniformen trugen. Es sollte so aussehen, als hätten polnische Soldaten eine deutsche Einrichtung überfallen. Die Abschiebung der 18 000 sollte die Regierung in Warschau in weitere Schwierigkeiten bringen und die ohnehin gespannten polnisch-deutschen Beziehungen zusätzlich belasten. Dass sich daraus der Anlass zu einem Pogrom entwickeln würde, konnte Hitler selbst in seinen kühnsten Träumen nicht hoffen. Er war enttäuscht von der Erleichterung der deutschen Öffentlichkeit, den Frieden noch einmal gerettet zu haben. In seinem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1938 hatte Hitler nach der Münchner Konferenz wütend gefragt: „Was würde denn geschehen, wenn wir nun einmal einen Misserfolg hätten? Auch das könnte sein, meine Herren. Wie würde dieses Hühnervolk denn dann sich erst aufführen?“ (Fest, a. a.O., S. 781)

Hitler wollte Krieg, das Volk wollte Frieden. Auch der britische Historiker Ian Kershaw stellte in seiner berühmten Biographie „Hitler 1936 – 1945“ fest, von einer Verschwörung beim Schuss in der deutschen Botschaft könne keine Rede sein. (S. 194): „Der Schuss war ein Akt der Verzweiflung und der Rache wegen seiner eigenen erbärmlichen Existenz und weil seine Familie, die in Hannover lebte, Ende Oktober ausgewiesen worden war.“

Heiner Lichtenstein

Ausstellung

„Völkischer Dichter“

Dokumentation über die Vereinnahmung Heinrich von Kleists durch die Nationalsozialisten.

Die Art und Weise, wie Dichtungen gelesen und interpretiert werden, sagt nicht nur etwas über den jeweiligen Interpreten aus, in ihr spiegelt sich auch die Sichtweise und damit das Selbstverständnis der Zeit. Heinrich von Kleist (1777 – 1811) wurde, wie sonst nur Friedrich Hölderlin, von der NS-Bewegung besonders verehrt. In ihm sah man den Dichter der „völkischen Gemeinschaft“, den Wegbereiter des „Dritten Reiches“, das er „seherisch erschaute“. Wie das im einzelnen geschah und in welchem Ausmaß sein vieldeutiges Werk vereinnahmt, zurechtgestutzt und auch verfälscht wurde, zeigen über 350 Exponate – Dokumente und Briefe, Bücher, Zeitschriften und Zeitungsartikel, Plakate, Photographien und Filmausschnitte – in zwei sehenswerten Ausstellungen.

Thema im Frankfurter Kleist-Museum ist die mit dem Weg in die wissenschaftliche Bedeutungslosigkeit einhergehende politische Selbstgleichschaltung der Kleist-Gesellschaft. Deren Mitglieder mussten bereits 1934, also vor der Verkündung der „Nürnberger Gesetze“ im September 1935, „ehrenwörtlich“ erklären, „dass sich unter meinen Eltern und Großeltern kein Voll- oder Halbjude befindet.“

Der Wirkungsgeschichte in der NS-Zeit widmet sich der Ausstellungsteil in Neuhardenberg. Das Vorgehen ist chronologisch; es orientiert sich exemplarisch an der Rezeption einzelner Werke im nationalsozialistischen Deutschland. Einbezogen werden aber auch wesentliche Zeugnisse aus der Exilliteratur und dem Widerstand, etwa die von Adam von Trott zu Solz 1935 klug zusammengestellte und eigenwillig eingeleitete Auswahl aus den politischen und journalistischen Schriften Kleists. Sichtbar wird an diesen Beispielen die durchgängige Ambivalenz seines dichterischen Werkes, das ja – wie jedes andere Werk von Rang – auch durchaus andere Deutungen erlaubt als die nationalsozialistische, die ihrerseits wiederum auf der preußisch-wilhelminischen Lesart aufbaut. Freilich mit Übersteigerungen und oft von besonderer ideologischer Borniertheit und Verblendung. „Kann ich den Vortrag in SS-Uniform halten?“, erkundigt sich der für die unter dem Patronat von „Reichsleiter“ Alfred Rosenberg stehende Bochumer Kleist-Woche 1936 engagierte Germanist und SS-Scharführer Karl Justus Obenauer bei den Veranstaltern. Vier Wochen später wird er als Dekan der Bonner Fakultät dem emigrierten Thomas Mann die Ehrendoktorwürde entziehen. „Michael Kohlhaas“ wird als Paradebeispiel deutscher Notwehr und Selbstbehauptung betrachtet: Kleist, so ein belehrendes „SS-Leitheft“ 1941, „wollte den semmelweichen deutschen Spießbürgern seiner Zeit klarmachen, dass man um sein Recht nicht bei fremden Gerichten winseln und betteln soll, sondern es mit anständiger Haltung, aber brutalster Rücksichtslosigkeit suchen soll.“ Kleists Selbstmord schließlich erläutert die 1938 erschienene Biographie von Gunther Haupt so: „Er musste ... aus dem Leben gehen, weil seine Zeit sich von alledem entfernen musste, was er gewollt und ersehnt, was er für unerlässlich gehalten hatte: die deutsche Erneuerung von Grund auf, die Wiedergeburt in der Besinnung auf die tiefsten Gründe der rassischen Eigenart nordischgermanischen (sic) Wesens.“ „Diese Deutung“, so der Germanist Gerhard Fricke in einem Gutachten für den Reichsführer SS Heinrich Himmler, „kommt dem geschichtlichen Kleist näher als die meisten bisherigen Arbeiten.“

Lesenswert ist das in der Art der Ausstellungskataloge des Marbacher Literaturarchivs konzipierte illustrierte Exponatverzeichnis. Gedankenreich und vertiefend ist das Begleitbuch, das die komplexe Wirkungsgeschichte Kleists, von der Weimarer Republik bis über das Jahr 1945 hinaus, in 15 Kapiteln aufbereitet und vor dem Hintergrund einer genauen Lektüre der Texte neue Aspekte erschließt.

Theo Meier-Ewert

„Was für ein Kerl!“, Heinrich von Kleist im „Dritten Reich“, Exponatverzeichnis zur Ausstellung, Stiftung Schloss Neuhardenberg, 127 Seiten, 9,80 Euro; Martin Maurach, „Betrachtungen über den Weltlauf“, Kleist 1933 – 1945, Verlag Theater der Zeit, Berlin 2008, 273 Seiten, 16 Euro.
Bis zum 23. November 2008 in Schloss Neuhardenberg (www.schlossneuhardenberg.de) und im Kleist-Museum Frankfurt/Oder (www.kleist-museum. de).

Meldungen

Geldstrafe für NPD-Funktionärin

Hechingen – Die einschlägig vorurteilte schwäbische NPD-Funktionärin Edda Schmidt (Bisingen), Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Reutlingen-Tübingen-Zollernalb, wurde vom Hechinger Amtsgericht wegen „Verunglimpfung des Staates" zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen a' zehn Euro verurteilt. Schmidt (60), im baden-württembergischen NPD-Landesvorstand für „Brauchtum und Kultur" zuständig, trug die presserechtliche Verantwortung für ein Flugblatt, das im Februar dieses Jahres nach der Uraufführung des Theaterstücks „Georg Elser – Allein gegen Hitler" in Melchingen verurteilt worden war. In dem Pamphlet wurde der Hitler-Attentäter Elser als „Terrorist" diffamiert und das „BRD-System" attackiert. Nach dem Urteilsspruch gegen Schmidt stand ein halbes Dutzend NPD-Anhänger um die ebenfalls einschlägig verurteilten Rechtsextremisten Hans Schmidt, Ehemann von Edda, und Axel Heinzmann auf und stimmte den Gesang „Die Gedanken sind frei" an. (am)

Parteisoldat ohne Partei

Berlin – Der frühere NPD-Bundesschatzmeister Erwin Kemna, der am Freitag, den 12. September wegen Untreue zu zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt worden war, ist kein Parteimitglied mehr. Kemna sei am Wochenende nach seiner Verurteilung durch das Landgericht Münster aus der Partei ausgetreten, so der NPD-Bundessprecher Klaus Beier. Der Ex-Schatzmeister der NPD Kemna hatte über Jahre rund 741.000 Euro veruntreut und wurde zu einer Gefängnisstrafe von 32 Monaten verurteilt. Über Kemnas Konten waren zahlreiche Spendengelder für die NPD geflossen. Der 57-jährige Kemna, ein langjähriger Parteisoldat, hatte von 1996 bis Februar 2008 das Amt des NPD-Bundesschatzmeisters ausgeübt. Anfang Februar 2008 war er für sieben Monate in Untersuchungshaft genommen worden, nach der Gerichtsverhandlung wurde er vorläufig auf freien Fuß gesetzt. (bnr)

Umstrittener Kandidat

Dahn – Bei der Wahl zum Verbandsbürgermeister im rheinland-pfälzischen Dahner Felsenland am 2. November bewirbt sich auch der NPD-Funktionär Sascha Wagner. Wagner, stellvertretender NPD-Landesvorsitzender und NPD-Landesgeschäftsführer in Rheinland-Pfalz, ist wegen Volksverhetzung und Körperverletzung verurteilt. In der NPD ist Wagner, vormals Bundesorganisationsleiter der Jungen Nationaldemokraten (JN), umstritten. Die NPD-Liedermacherin Annett Müller erklärte im Juli dieses Jahres: „Dem Sascha Wagner würden wir nicht mal ne Brieftaube schicken, weil wir sie nicht wiederkriegen würden." In einer Pressemitteilung der NPD heißt es, dass „die Deutschen, die es bleiben möchten" bei der Wahl zum Verbandsbürgermeister „nun die Wahl haben zwischen Volkstod und nationaler Erneuerung." (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de